



über die 1. Sitzung
des Schul- und Sportausschusses
am Donnerstag, 13. März 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Filthaut
Herr Henning
Herr Lipinski
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Klein
Herr Plümpe
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch
Herr Bartosch
Frau Jung
Herr Kohl
Frau Ruf
Herr Voß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Frau Borowiak
Herr Brettschneider
Herr Hoffmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG
Herr Menne

Beratende Mitglieder
Herr May

Sachverständige
Herr Dege
Herr Forthaus
Herr Reeske
Herr Töpfer

Verwaltung
Frau Böckmann
Herr Flaskamp
Frau Meißner

Gäste
Frau Berg
Frau Henning-Puls
Herr Kleinschmitzer
Herr Vennegeerts
Frau Wüster

entschuldigt fehlten
Herr Böcker
Frau Bungter-Striepens
Frau Kirschbaum
Frau Oxe
Frau Slomiany

Herr **Lipinski** begrüßte die Mitglieder, die zahlreichen Zuhörer und die Vertreter der Presse. Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Errichtung eines Trainingsplatzes aus Kunstrasen in Kamen-Methler	42/2003
2.	Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen	24/2003
3.	Festlegung der Zügigkeit der Städt. Realschule	41/2003
4.	Anmeldungen zu den Grundschulen im Schuljahr 2003/04	28/2003
5.	Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2003/04	37/2003
6.	Offene Ganztagschule im Primarbereich hier: 1. Bericht der Verwaltung 2. Antrag der SPD-Fraktion 3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	38/2003

7. Erstellung eines externen Gutachtens zur Entwicklung der Schulen und Schulstandorte
hier: Antrag der SPD-Fraktion
8. Sachstandsbericht Käthe-Kollwitz-Schule
hier: Antrag der CDU-Fraktion
9. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Besetzung der stellv. Schulleiterstelle an der Diesterwegschule	6/2003
2.	Besetzung der stellv. Schulleiterstelle an der Brüder-Grimm-Schule	17/2003
3.	Besetzung der stellv. Schulleiterstelle an der Käthe-Kollwitz-Schule	18/2003
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
5.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

42/2003

Errichtung eines Trainingsplatzes aus Kunstrasen in Kamen-Methler

Für die Errichtung eines Trainingsplatzes, so Herr **Flaskamp**, seien die entsprechenden Mittel im Haushalt bereitgestellt. Der Bauausschuss habe die Vergabe der Ingenieurleistungen in seiner Sitzung am 06.02.2003 beschlossen. Hier ginge es im Wesentlichen um die Festlegung des Belages. Die Details würden von Herrn Vennegeerts (Ing. für Sportstätten- und Freianlagenplanung) vorgestellt.

Herr **Vennegeerts** stellte sich kurz vor und erläuterte anhand von Fotos und Plänen kurz die geplante Maßnahme. Der Belag bestehe aus einer texturiert gekräuselten Kunststofffaser mit einer Polhöhe von 25 bis 35 mm und werde mit Sand und Gummi verfüllt. Die Linierung (gelb für das Großspielfeld; blau für 2 Kleinspielfelder) werde eingearbeitet, so dass Linierungsarbeiten nicht mehr anfallen würden. Der Belag sei zulässig bis einschließlich Oberligaspiele und weise mit rd. 3.000 Spielstunden im Jahr eine extrem hohe Bespielbarkeit auf. Ein Tennisplatz könne rd. 2.000 und ein Rasenplatz rd. 300 Stunden im Jahr bespielt werden. Vorteilhaft seien auch die Folgekosten, die nur rd. 50 % der Folgekosten eines Rasenplatzes ausmachten und dass nach der Bauzeit der Platz sofort bespielbar sei.

Herr **Plümpe** fragte, ob nach einem Spiel das Füllmaterial erneuert werden müsse.

Herr **Vennegeerts** verneinte dieses. Das Füllmaterial müsse mit einem Gerät jedoch regelmäßig egalisiert werden.

Nach seinem Kenntnisstand, so Herr **Weigel**, seien Kunststoffplätze bei Feuchtigkeit rutschig und bei Trockenheit bestehe die Gefahr von Verbrennungsverletzungen.

Herr **Vennegeerts** antwortete, dass diese Schwächen nicht bei einem verfüllten Kunststoffbelag auftreten würden.

Frau **Dyduch** fragte nach der weiteren Zeitschiene.

Herr **Flaskamp** antwortete, dass, vorausgesetzt der Schul- und Sportausschuss würde in der heutigen Sitzung den vorgeschlagenen Beschluss fassen, die Planung fortgeführt und die Ausschreibung durchgeführt würde. Im September könne dann die Vergabe des Auftrages erfolgen. Problematisch sei, dass der Belag nur bei absoluter Trockenheit verlegt werden könne. Er gehe davon aus, dass im Mai 2004 mit der Fertigstellung gerechnet werden kann, so dass der Platz für die dann kommende Spielzeit voll bespielbar sei.

Wie bekannt sei, so Herr **Hasler**, stelle die CDU-Fraktion nicht den Bedarf für diesen Platz, sondern angesichts der Haushaltslage die Errichtung zum jetzigen Zeitpunkt in Frage. Da jedoch der Rat der Stadt Kamen mit Mehrheit die Errichtung beschlossen habe, würde sich die CDU-Fraktion dem weiteren Verlauf nicht verschließen, obwohl sie nach wie vor der Meinung sei, aus finanziellen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt auf die Errichtung zu verzichten.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss stimmt den vorgeschlagenen und in der Sitzung erläuterten Ausbaukriterien zu.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 2.

24/2003

Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen

Herr **Flaskamp** erläuterte kurz die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Beschlussempfehlung:

1. Die Sekundarstufe II der Carlo-Schmid-Schule und Hermann-Ehlers-Schule wird mit Beginn des Schuljahres 2003/04 der Gesamtschule Kamen zugeordnet.
2. Die mit Ratsbeschluss vom 28.09.2000 beschlossene Zusammenlegung wird bereits mit Beginn des Schuljahres 2004/05 vollzogen. Der rechtliche Status des dann bestehenden 9. und 10. Jahrganges bleibt erhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Genehmigungen bei der Bezirksregierung einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

41/2003

Festlegung der Zügigkeit der Städt. Realschule

Herr **Flaskamp** erinnerte an die im Schul- und Sportausschuss geführte Debatte im letzten Jahr und ergänzte, dass die in diesem Jahr erfolgten Anmeldungen die Festlegung der Zügigkeit auf 3-Züge rechtfertigen würden.

Frau **Dyduch** ergänzte, dass in den nächsten Jahren die Zahl der zu erwartenden Übergänger mit einer Ausnahme auf einem konstant niedrigen Niveau liegen würde und die Festlegung auch der Realschule Planungssicherheit biete. Sollten sich wider Erwarten einmalig mehr Schüler anmelden, könne flexibel reagiert und eine Ausnahmegenehmigung für die Bildung einer 4. Eingangsklasse erteilt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, so Herr **Goehrke**, werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Es gäbe in den nächsten Jahren nur einen stärkeren Jahrgang. Mittelfristig ginge die Zahl der zu erwartenden Übergänger auf unter 400 zurück.

Auch Herr **Weigel** erinnerte an die Diskussion des vergangenen Jahres und führte aus, dass in diesem Jahr die Übergangsquote unter der des letzten Jahres liege. Sollte die Quote wieder steigen, so liege die Zahl der zu erwartenden Übergänger zur Realschule sehr knapp unter einer 4-Zügigkeit. Trotzdem werde sich die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen.

Die Entscheidung, so Herr **Hasler**, sei im letzten Jahr zurückgestellt worden, um verlässliche Prognosedaten zu erhalten. Die diesjährigen Zahlen zeigten eine 3-Zügigkeit der Realschule.

Herr **Flaskamp** erinnerte daran, dass der Streitpunkt im letzten Jahr nicht die Festlegung der 3-Zügigkeit, sondern die dauerhafte Festlegung einer 4-Zügigkeit war.

Er, so Herr **Bremmer**, stimme dem Verwaltungsvorschlag nicht zu, da die Vorlage dem Elternwille nicht Rechnung trage und die angesprochene Flexibilität vermissen lasse.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass das Gymnasium auf 5-Züge festgelegt wurde und über Jahre mit Ausnahmegenehmigungen gearbeitet worden sei.

Wenn sich die Verwaltung, so Herr **Bremmer**, für eine flexible Lösung stark mache, werde er dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Zügigkeit des 5. Jahrganges der Städt. Realschule wird gem. § 8 Abs. 4 Schulverwaltungsgesetz (SchVG) vom 18.01.1985 (GV NRW S. 155/447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.05.2000 (SGV NRW 223), endgültig auf 3 Züge festgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung der Festlegung bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

28/2003

Anmeldungen zu den Grundschulen im Schuljahr 2003/04

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 5.

37/2003

Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2003/04

Auffällig, so Herr **Hasler**, sei die hohe Zahl der Schüler aus Heeren, die zu auswärtigen Schulen wechseln und fragt, ob der Verwaltung die Gründe bekannt seien.

Es sei seit Jahren bekannt, so Herr **Flaskamp**, dass die Heerener nach auswärts, zunächst Unna und jetzt Bönen, orientiert seien. Die Gründe seien nicht bekannt und könnten auch seitens der Verwaltung nicht hinterfragt werden.

Herr **Goehrke** fragte, ob die Verwaltung davon ausgehe, dass die Schüler, die noch nicht angemeldet wurden, zur Hauptschule gehen würden.

Herr **Flaskamp** bestätigte dieses.

Zu TOP 6.

38/2003

Offene Ganztagschule im Primarbereich

hier: 1. Bericht der Verwaltung

2. Antrag der SPD-Fraktion

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr **Flaskamp** erläuterte die Kriterien für eine Offene Ganztagschule im Primarbereich. Aufgrund der engen Zeitschiene sei eine Realisierung für das kommende Schuljahr nicht möglich. Zunächst müsse die Bereitschaft in den Grundschulen geklärt werden. Dann könne der Bedarf ermittelt und die Finanzierung geklärt werden. Es sei ein pädagogisches Konzept erforderlich und die freien Träger müssten eingeschaltet werden. Er bat darum, zum jetzigen Zeitpunkt, keine Grundsatzdebatte zu führen.

Die SPD-Fraktion, so Frau **Dyduch**, finde sich in der Vorlage wieder. Im Jugendhilfeausschuss sei der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen worden, jedoch sei das Wort „umgehend“ gestrichen worden. Problematisch sei, dass sich in Kamen alle Kindergärten in der Hand freier Träger befänden.

Herr **Hasler** führte aus, dass ein Beschluss nicht erforderlich sei. Die Verwaltung solle zunächst ein Konzept entwickeln. Vor einer notwendigen Grundsatzdebatte solle die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Herr **Goehrke** bat um eine Abstimmung über den Antrag. Die angesprochene Elternbefragung sei nicht Bestandteil des Antrages.

Herr **Hasler** bat darum, auf eine Abstimmung zu verzichten. In der Sache sei man sich einig, aber so wie der Antrag formuliert sei, könne dem seitens der CDU-Fraktion nicht gefolgt werden.

Herr **Bremmer** fragte an, warum sich mit diesem Antrag 3 Ausschüsse beschäftigen müssten.

Herr **Flaskamp** antwortete, dass der Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowohl für den Jugendhilfeausschuss als auch für den Schul- und Sportausschuss gestellt wurde und daher der Haupt- und Finanzausschuss als Bündelungsausschuss diesen Antrag ebenfalls behandeln müsse.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Prüfverfahren „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 7.

Erstellung eines externen Gutachtens zur Entwicklung der Schulen und Schulstandorte

hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Dyduch** begründete den Antrag und schlug folgenden Beschluss vor: Der Schul- und Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Erstellung eines externen Gutachtens zur Entwicklung der Schulen und Standorte entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2004 bereitzustellen. Durch diesen Beschluss werde die Entwicklung der Schulen und der

Schulstandorte aus einem anderen Blickwinkel beurteilt und die Verwaltung werde entlastet.

Herr **Klein** entgegnete, dass das Gutachten finanziert werden müsse und die Verwaltung nicht entlastet würde, da sie die Prognosedaten zur Verfügung stellen müsste. Außerdem würde die Verwaltung die Schulgebäude kennen.

Es gehe, so Herr **Flaskamp**, nicht nur um statistisches Material sondern auch um eine Beurteilung des Gebäudebestandes und des Sanierungsbedarfes und die wenigen Mitarbeiter in der Schulverwaltung könnten dieses nicht leisten, da sie sich u. a. auch um den gerade beschlossenen Prüfauftrag zur Offenen Ganztagschule kümmern müssten.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Erstellung eines externen Gutachtens zur Entwicklung der Schulen und Standorte entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2004 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 8.

Sachstandsbericht Käthe-Kollwitz-Schule
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Die Schülerzahl, so Herr **Flaskamp**, der Käthe-Kollwitz-Schule sei überraschend gestiegen. Es sei unstrittig, dass die Schule zusätzliche Räume benötigt. Derzeit nutze die Käthe-Kollwitz-Schule 2 Räume in der nahegelegenen Brüder-Grimm-Schule und einen im Jugendfreizeitzentrum Heeren. Dieses könne jedoch keine Dauerlösung sein. Der Rat der Stadt Kamen habe für die Schaffung zusätzlicher Räume 480.000 € im Haushalt veranschlagt, jedoch im Rahmen der Haushaltsdebatte die Verwaltung einstimmig beauftragt, Alternativen zu suchen, um diesen Haushaltsansatz teilweise oder sogar ganz einzusparen. Die Prüfphase sei noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Schülerzahlen wieder sinken werden, auch mit Blick auf die gerade gegründete Schule E, so dass ggf. nur temporär zusätzliche Räume benötigt werden und dann bestehe evtl. die Möglichkeit, der Schule vorübergehend die Räume des Jugendfreizeitzentrums zur Verfügung zu stellen.

Herr **Plümpe** fragte an, ob die freigewordene Wohnung nicht für schulische Zwecke umgebaut werden könne.

Herr **Flaskamp** erwiderte, dass dieses aus bauordnungsrechtlichen Gründen nicht zulässig sei.

Wenn der Käthe-Kollwitz-Schule, so Frau **Dyduch**, das Jugendfreizeitzentrum zur Verfügung gestellt würde, dann müssten dem Jugendfreizeitzentrum andere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Die CDU-Fraktion, so Herr **Hasler**, gehe davon aus, dass die Käthe-Kollwitz-Schule den Raumbedarf auf Jahre hinaus habe. In den letzten Jahren sei die Käthe-Kollwitz-Schule selten im Haushalt bedacht worden.

Frau **Dyduch** entgegnete, dass alle Schulen wichtig seien und stellte die Frage, warum die CDU-Fraktion dem Prüfauftrag zugestimmt hätte. Das Prüfverfahren solle abgewartet werden.

Herr **Flaskamp** ergänzte, dass zum Haushalt auch das Investitionsprogramm gehöre und hier die Käthe-Kollwitz-Schule sehr wohl vertreten sei. Da jedoch die Hauptschule einen umfangreichen Anbau benötige und hierdurch 5 Mio. € gebunden seien, hätten alle anderen Maßnahmen geschoben werden müssen.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

9.1 Mitteilungen

9.1.1 Modellversuch „Selbständige Schule“

Herr **Flaskamp** teilte mit, dass die Realschule mit Schreiben vom 07. Februar die Aufnahme in die Interessentenliste beantragt hätte. Da der Schul- und Sportausschuss bereits in seiner Sitzung am 26.06.2001 beschlossen hatte, allen Kamener Schulen, die sich an dem Projekt beteiligen wollen, seine Unterstützung zu geben, hätte die Verwaltung der Bezirksregierung mit Schreiben vom 12.02. mitgeteilt, dass die Stadt Kamen als Schulträger die Teilnahme der Realschule an dem Modellvorhaben unterstützt.

Eine weitere Beteiligung des Schul- und Sportausschusses erfolge, wenn die Zustimmung zur Teilnahme vorliege und die für die Projektteilnahme erforderliche Kooperationsvereinbarung abzuschließen sei.

9.1.2 Schüler-Ticket

An der Einführung eines Schüler-Tickets, so Herr **Flaskamp**, für den Kreis Unna werde auf verschiedenen Ebenen gearbeitet. Zielsetzung sei eine Einführung zum 1. Februar 2004.

Es gebe 2 Modelle:

- für anspruchsberechtigte Schüler
analog der heutigen Schulwegjahreskarte und Funkarte;
zeitlicher Geltungsbereich an allen Werktagen
Preis für die Eltern: 7,70 € für das 1. Kind
5,10 € für das 2. Kind
- für nicht anspruchsberechtigte Schüler
analog der heutigen Funkarte;
zeitlicher Geltungsbereich an allen Schultagen ab
14.00 Uhr, an den übrigen Tagen ganztägig
Preis für die Eltern: 7,70 €

Räumlicher Geltungsbereich für beide Modelle:
Gebiet des Kreises Unna, einschl. der Nachbarkommunen
Dortmund und Hamm

Voraussetzung für die Einführung seien die Beschlüsse des Kreises sowie der Städte und Gemeinden zur Einführung einer Elternbeteiligung. Das Schüler-Ticket erfordere eine kreisweit einheitliche Willensbildung und könne nur in einem gesamten Kreisgebiet und nicht in einzelnen Städten eingeführt werden.

Aktuell habe die Deutsche Bundesbahn signalisiert, dass sie sich nicht beteiligen wolle und damit, vorausgesetzt, die DB bliebe bei dieser Entscheidung, sei die Einführung eines Schüler-Tickets vom Tisch.

9.1.3 Deutschkurse für Migrantenkinder

Frau **Meißner** teilte mit, dass die Verwaltung die Förderung von 3 Gruppen beantragt hätte. Alle Gruppen wurden bewilligt und es wurden an der Diesterwegschule, Friedrich-Ebert-Schule und Glückaufschule je eine Gruppe gebildet.

9.1.4 Konrektorstelle an der Hauptschule

An der Hauptschule, so Frau **Meißner**, wurde eine Konrektorstelle eingerichtet. Die Bewerbungsfrist laufe noch.

9.2 Anfragen

Herr **Goehrke** fragte an, ob die Verwaltung auf den Pächter der Cafeteria im Schwimmbad einwirken könne, das Jugendschutzgesetz einzuhalten. Es käme immer wieder vor, dass Schüler unter 16 Jahren ohne Erlaubnis das Schulgelände verließen und in der Cafeteria Alkohol erhielten.

Herr **Flaskamp** sagte eine Prüfung zu.

Die Sitzung wurde von 18.35 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Meißner
Schriftführerin